Ä3

Antrag

47. Vollversammlung Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 13.04.2024

Initiator*innen: DGB Jugend

Titel: Ä3 zu A7: Nie wieder ist jetzt! – Gegen jeden

Antisemitismus

Titel

Ändern in:

Nie wieder ist jetzt! - Gegen jede Form von Antisemitismus

Antragstext

Von Zeile 1 bis 7:

Die Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. möge beschließen, dass der Landesjugendring sich klar und solidarisch an die Seite von Jüdinnen und Juden stellt und Antisemitismus sowie dem diesem inhärenten Antizionismus entgegentritt. Der Landesjugendring stellt sich klar und solidarisch an die Seite von Jüdinnen und Juden und tritt gegen Antisemitismus sowie dem diesem inhärenten Antizionismus entschieden ein.

Wir verurteilen den terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 07.10.2023. Vergewaltigung, Folter, Verschleppung und der Mord an Zivilist*innen sind Ausdruck des Vernichtungswillens, der dem Antisemitismus innewohnt.

Von Zeile 23 bis 28:

944 antisemitische Vorfälle in Zusammenhang mit dem Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza. <u>Der Brandanschlag auf die Oldenburger Synagoge am 05.04.2024 hat gezeigt, dass jüdisches Leben auch bei uns in Niedersachen bedroht ist.</u> Nie wieder ist eine Parole, die in Deutschland, ob seiner Vergangenheit, gern an Gedenktagen für die Opfer des Nationalsozialismus gesagt wird. Dass das bloße Wiederholen dieserdie bloßen Worte nicht dazu führten, dass sich menschenverachtende Ideologien und antisemitischer Vernichtungswille nicht wiederholen, hat

Nach Zeile 29 einfügen:

Wir lehnen Antisemitismus sowie jede Art von Diskriminierung, Rassismus und Hass kategorisch ab. Wir betonen die Wichtigkeit von Solidarität mit jüdischen Menschen weltweit und appellieren an ein friedliches und respektvolles Miteinander.

Von Zeile 33 bis 34 einfügen:

Verantwortung als zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für Vielfalt und Demokratie einsetzt, nachkommen. Der Landesjugendring verpflichtet sich, sich gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus aktiv einzusetzen und fordert auch seine Mitgliedverbände dazu auf.